

Abstrakt

Hubert Hieke

Das Verschwinden von Budgetdefiziten- eine Erfolgsgeschichte des Wachstums- und Stabilitätspakts? Das Beispiel Deutschland.

In den Jahren 2004-2005, als Deutschland wiederholt zum Sünder des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU erklärt wurde, Ökonomen das Land im Strudel einer Basarökonomie verschwinden sahen (Sinn) und die Nettoinvestitionen ein historisches Tief erreichten, schien die Bundesrepublik für die meisten Ökonomen auf einem ungebrochenen Abstiegsfad innerhalb der EU. Insbesondere die Staatsfinanzen (Weber) und die vermeintlich unzureichenden Reformansätze des Sozialstaats (Sinn, Zimmermann) galten als Garant der Reformunfähigkeit des deutschen Wirtschaftssystems.

Seit 2006 erlebt das Land nun einen ungeahnten Aufschwung, der nur von wenigen prognostiziert worden war (Bofinger, Schumacher). Vergessen sind auch die Vorhersagen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Januar 2007 würde zu einer anhaltenden Dämpfung des Wirtschaftswachstums beitragen. Die Bundesrepublik gilt nun fast als Musterschüler innerhalb der EU, das Haushaltsdefizit ist geschrumpft, und die Exportstärke ist bemerkenswert. Demgegenüber erreichen die Handelsbilanzdefizite in anderen Regionen der EMU Rekordniveau und einstige Musterschüler der EZB werden zu Konsolidierungsmaßnahmen angehalten.

Wie war dieser „turn-around“ möglich angesichts der Tatsache, dass noch im Jahre 2005 die OECD für die Jahre 2006-2007 ein nur leicht steigendes Wirtschaftswachstum prognostizierte und ein staatliches Budgetdefizit unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuererhöhung von rund 2.6 % des BIP erwartet wurde? Haben tatsächlich eine restriktive Haushaltspolitik zu niedrigerer Inflation und damit langfristig steigendem Wachstum geführt, wie EZB und Bundesbank oft argumentieren (Weber) oder waren vielmehr außenwirtschaftliche Entwicklungen entscheidend?

Unser Ansatz zeigt, dass der von EZB und Bundesbank propagierte Nexus zwischen Budgetdefiziten, Inflation und Wirtschaftswachstum fuer die Bundesrepublik nicht zutreffend ist und wie dies auch in der Vergangenheit fuer andere EMU Mitglieder unzutreffend ist (Bofinger). Vielmehr scheint die deutsche Wirtschaft *trotz* der rigiden Parameter des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu einer zumindest vorübergehenden Wachstumsstärke zurückgefunden zu haben.

Dabei zeigt sich bei eingehender Analyse der gesamtwirtschaftlichen Finanzsalden, dass die hohen und wieder ansteigenden Sparquoten der Privaten Haushalte, gekoppelt mit geringen Konsumausgaben, und einer - von EZB und Bundesbank propagierten - restriktiven Ausgabenpolitik des Staates, insbesondere im investiven Bereich, einen wachsenden Zahlungsbilanzüberschuss geradezu erzwingen! Dabei ist das Budgetdefizit eher als endogene, denn als exogene Größe zu betrachten.

Auch fuer die naechere Zukunft erscheint Deutschlands Ökonomie weiterhin von einer Exportdynamik getragen zu werden, die aufgrund der starken Wettbewerbsfähigkeit auch relativ hohe Wechselkurse verkraftet. Allerdings geht dies zweifellos auf Kosten anderer EMU Mitgliedsländer, so dass längerfristig auch hier die Kosten einer nicht optimalen Currency Area des EMU Raums deutlich werden.

Die völlig unzureichende Analyse zum Verhaeltnis von Inflation und Budgetdefiziten seitens der EZB und den Nationalbanken verstärkt die divergierenden regionalen wirtschaftlichen Verwerfungen innerhalb der EMU und zementiert die Unzulänglichkeiten des Stabilitaets- und Wachstumspakts. Schon mit Blick auf die juengste Entwicklung von Budgetdefizit und Inflation nicht nur in Deutschland zeigt sich, dass die Argumentation der EZB auf hoelzernen Fuessen steht. Es ist daher nicht verwunderlich, dass „Sondereinfluesse“ seitens der EZB herangezogen werden, um den laengst totgeweiten Stabilitaets- und Wachstumspakt weiterhin am Leben zu erhalten.